



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 06.07.2010

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	4/2010
Datum	Dienstag, dem 22. Juni 2010
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	23:10 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Dietmar Beilner
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Frau Patricia Bürgstein
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Rainer Gustke
Herr Johannes Haas
Herr Gunter Hartung
Herr Markus Held
Frau Stefanie Held
Herr Harald Hormel
Herr Gerd-Jürgen Jesse
Herr Reiner Keim
Frau Gisela Klein
Herr Robert Knickel
Frau Katja Lauterbach
Herr Achim Lehwald
Frau Dana Pastor
Herr Francesco Piscitello
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Frau Barbara Reichelt
Herr Johann Sattmann
Herr Michael Schreier
Herr Dr. Werner Skupin
Herr Thomas Stöppler
Herr Perry von Wittich
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel
Herr Helmut Wietoska

Magistratsmitglieder

Herr Günter Maibach
Herr Uwe Ringel
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Manfred Lüer
Herr Josef Pastor
Herr Gerhard Rehbein
Herr Volker Schadeberg
Herr Jürgen Schäfer

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

Verwaltung

Frau Christel Barth
Herr Dieter Opalla

entschuldigt

Herr Achim Diethöfer
Herr Heinz Herold
Herr Johannes Kortenhoeven
Herr Horst Roepenack
Herr Tobias Schadeberg

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Niederschrift aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.04.2010
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrates über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen / erledigte Vorlagen
4.a	DS 64/2009	Antrag der CDU-Fraktion: Nachrüstung von Rauchmeldern in öffentlichen Gebäuden der Stadt Bruchköbel, insbesondere in Kindertagesstätten
4.b	95/2007	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion B90/Grüne: Sicherstellung Bestand Bruchköbeler Schwimmbad / Entwicklung der Umsetzung und Finanzierung
4.c	272/2004	Nutzungsvertrag Mobilfunkanlage Sportplatz
4.d	DS 87/2008	Antrag der SPD-Fraktion: Neubau einer Sporthalle in Bruchköbel Nord
4.e	DS 43/2010	Zukünftige Ausweisung von Baugebieten und Vergabe von Bauplätze nach dem "Bruchköbeler Modell" A Ausweisung von Bauland B Vergabe von Grundstücken zur Wohnbebauung
5	DS 111/2010	Antrag der SPD-Fraktion: Darstellung der politischen Gremien und deren Arbeit im Internet
6	DS 90/2008	Antrag der BBB-Fraktion: Umsetzung des 4. Fünf-Jahres-Programm für Umwelt-Naturschutz
7	DS 255/2008	Antrag der BBB-Fraktion: Seniorenfreundliches Einkaufen in Bruchköbel
8	DS 119/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Umsetzung des Hallenbadneubaus

TOP	DS-Nr.	Titel
9	DS 120/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Richtlinie zur allgemeinen Vollzugskontrolle
10	DS 114/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Einrichtung einer Bürgerfragestunde
11	DS 115/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Einrichtung eines Berichtswesens / Statusbericht für die Stadtverordneten
12	DS 116/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Errichtung einer öffentlichen Toilette Parkplatz Innerer Ring
13	DS 35/2010	Antrag Fraktion B 90 / Grüne: Umstellung der Telefonanlage der Stadtverwaltung auf Internet-Telefonie
14	DS 281/2009	Richtlinien zur Förderung von Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege der Stadt Bruchköbel
15	DS 72/2010	Radverkehrskonzept der Stadt Bruchköbel
16	DS 117/2010	Aufstellungsbeschluss 1. Änderung des Bebauungsplans "Im Lohfeld"
17	DS 118/2010	Aufstellungsbeschluss 4. Änderung des Bebauungsplans "Gewerbegebiet Galgengarten"
18	DS 108/2010	Abweichung von der Vergabe von Bauplätzen nach dem "Bruchköbeler Modell"
19	DS 102/2010	Verkauf eines Grundstückes "Am Kuhweg", Gemarkung Oberisigheim

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung, sowie mit 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Er beglückwünscht Stadtrat Pastor zum 25 jährigen Dienstjubiläum als Stadtrat der Stadt Bruchköbel. Das gesamte Haus fällt in diese Glückwünsche mit Beifall ein. Der Stadtverordnete v.Wittich als Vorsitzender der SPD Fraktion dankt Herrn Pastor ebenfalls für die langjährige sehr gute Zusammenarbeit.

Zur Tagesordnung meldet sich der Bürgermeister, er zieht TOP 4e, DS 43/2010 zurück.

Der Stadtverordnete Jesse regt an, TOP 5 mit den Tagesordnungspunkten 9 und 11 gemeinsam zu verhandeln. Dagegen regt sich kein Widerspruch, es wird so verfahren.

TOP 1	Einwendungen gegen die Niederschrift aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.04.2010
-------	--

Zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 20.04.2010 haben sich keine Einwände ergeben, die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

TOP 2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass der Stadtverordnete Reiner Keim neuer Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales ist.

Er weist darauf hin, dass einige Unterlagen zum Tagespflege-Projekt und Informationen zum geplanten Ausflug der städtischen Gremien ausliegen.

TOP 3	Bericht des Magistrates über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	---

Der Bürgermeister trägt den Halbjahresbericht zum Haushalt 2010 vor.

Weiter trägt er ein Sachstandsschreiben des Main-Kinzig-Kreises hinsichtlich der Haushaltsgenehmigung vor. Die Anhörung werde demnächst erfolgen.

Der Erste Stadtrat berichtet vom Sachstand des Planfeststellungsverfahrens hinsichtlich des Radweges Niederissigheim - Butterstadt. Das Verfahren sei mittlerweile abgeschlossen und das Überwiegen von öffentlichen Interessen gegenüber privaten Interessen festgestellt. Privatleute würden einen finanziellen Ausgleich für eingebrachtes Land erhalten. Die Stadt sei bei den Bauarbeiten finanziell nur im Bereich der Ortseingänge beteiligt, der Rest werde durch das Land finanziert.

Der Stadtverordnete v.Wittich bittet den Halbjahresbericht zum Haushalt 2010 an die Fraktionen zu senden. Der Bürgermeister sagt dies zu, der Bericht werde mit dem Protokoll versendet.

Der Stadtverordnete Rechholz fragt hinsichtlich der Verzögerung bei der Eröffnungsbilanz, ob sich die terminlichen Planungen zur Haushaltsaufstellung 2011 verändern. Der Bürgermeister verneint dies, die Terminplanung bleibe wie ursprünglich angedacht.

TOP 4		Berichte aus den Ausschüssen / erledigte Vorlagen
-------	--	---

Der Stadtverordnete Keim berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales am 15.06.2010.

Der Stadtverordnete v.Wittich berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.05.2010.

Der Stadtverordnete Wenzel berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr vom 01.06.2010.

TOP 4.a	DS 64/2009	Antrag der CDU-Fraktion: Nachrüstung von Rauchmeldern in öffentlichen Gebäuden der Stadt Bruchköbel, insbesondere in Kindertagesstätten
---------	------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt die Wertung des Ausschusses vor und fragt, ob sich Widerspruch gegen die Feststellung der Erledigung erhebt. Das ist nicht der Fall. Die Vorlage gilt damit als erledigt und wird aus dem Geschäftsgang genommen.

TOP 4.b	DS 95/2007	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion B90/Grüne: Sicherstellung Bestand Bruchköbeler Schwimmbad / Entwicklung der Umsetzung und Finanzierung
---------	------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt die Wertung des Ausschusses vor und fragt, ob sich Widerspruch gegen die Feststellung der Erledigung erhebt. Das ist nicht der Fall. Die Vorlage gilt damit als erledigt und wird aus dem Geschäftsgang genommen.

TOP 4.c	DS 272/2004	Nutzungsvertrag Mobilfunkanlage Sportplatz
---------	-------------	--

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt die Wertung des Ausschusses vor und fragt, ob sich Widerspruch gegen die Feststellung der Erledigung erhebt. Das ist nicht der Fall. Die Vorlage gilt damit als erledigt und wird aus dem Geschäftsgang genommen.

TOP 4.d	DS 87/2008	Antrag der SPD-Fraktion: Neubau einer Sporthalle in Bruchköbel Nord
---------	------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt die Wertung des entsprechenden Ausschusses vor und fragt, ob sich Widerspruch gegen die Feststellung der Erledigung erhebt. Das ist nicht der Fall. Die Vorlage gilt damit als erledigt und wird aus dem Geschäftsgang genommen.

TOP 4.e	DS 43/2010	Zukünftige Ausweisung von Baugebieten und Vergabe von Bauplätze nach dem "Bruchköbeler Modell" A Ausweisung von Bauland B Vergabe von Grundstücken zur Wohnbebauung
---------	------------	---

zurückgezogen

TOP 5	DS 111/2010	Antrag der SPD-Fraktion: Darstellung der politischen Gremien und deren Arbeit im Internet
TOP 9	DS 120/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Richtlinie zur allgemeinen Vollzugskontrolle
TOP 11	DS 115/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Einrichtung eines Berichtswesens / Statusbericht für die Stadtverordneten

Die Tagesordnungspunkte 5,9 und 11 werden gemeinsam verhandelt.

Der Stadtverordnete v.Wittich spricht im Sinne des Antrags der SPD-Fraktion.

Der Stadtverordnete Rabold trägt den Antrag der BBB-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne: „Zur allgemeinen Kontrolle der Umsetzung von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat wird die folgende Richtlinie aufgrund § 50 Abs. 1 S. 2; § 51 Nr. 1 HGO beschlossen:

1. Der Magistrat setzt die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zügig, sachgerecht und nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlung um.
2. Sofern die vollständige Umsetzung nicht binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung erfolgt, teilt der Magistrat dies den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung mit unter kurzer Angabe des zu Umsetzung bislang unternommenen, der Gründe, die der vollständigen Umsetzung entgegenstanden, sowie dem voraussichtlichen Zeitpunkt der vollständigen Umsetzung.
3. Solange die vollständige Umsetzung nicht erfolgt ist, wird alle sechs Monate gemäß Ziffer 2. verfahren.“

Der Stadtverordnete Jesse trägt den Antrag der FDP-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne: „Die Verwaltung wird beauftragt ein Verfahren zur Berichterstattung für die Stadtverordneten einzurichten. Dieses System soll alle Vorlagen und Beschlüsse umfassen, die in der Stadtverordnetenversammlung beraten wurden mit Hinweisen auf Erledigung, Verfahren in der Verweisung oder Zeitpunkt der Erledigung.“

Der Bürgermeister trägt zum TOP 9 Auszüge aus Schreiben des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sowie des Main-Kinzig-Kreises als Kommunalaufsicht vor. Der Antrag stelle in dieser Form einen unzulässigen Eingriff in die Kompetenzen des Magistrates dar. Der Stadtverordnete Wenzel spricht bezüglich TOP 5. Der Antrag gehe zu weit, es solle nicht die Arbeit der Parteien dargestellt werden. Auch solle der Personal- und Kostenaspekt bei der Ausführung entsprechender Anträge berücksichtigt werden, das gelte auch für TOP 11. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht nochmals im Sinne seines Antrags. Der Stadtverordnete Keim kritisiert, dass keiner der Anträge Aussagen hinsichtlich der arbeitsmäßigen Mehrbelastung einerseits und des vorhandenen Personals andererseits böten. An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Wenzel, Jesse, Rechholz, Rabold, der Bürgermeister und die Stadtverordnete Empter. Der Stadtverordnete Wenzel bittet um Einzelabstimmung der Punkte des SPD Antrags. Im Übrigen stellt er einen Änderungsantrag zu Ziffer 2 des Antrags der SPD-Fraktion: "Künftig werden mit der Einladung für die Stadtverordnetenversammlung nicht nur die Tagesordnung, sondern auch zu den behandelnden Anträgen ein Link zur Homepage der Parteien gesetzt".

Der Stadtverordnete v.Wittich bekundet, es gehe ihm um die städtischen Gremien, nicht um die Parteien.

Abstimmung zu TOP 5, Ziffer 1: einstimmig beschlossen
 Abstimmung zu TOP 5, Änderungsantrag zu Ziffer 2: bei 4 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.
 Abstimmung zu TOP 5, Ursprungsfassung der Ziffer 2: bei 28 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen beschlossen.
 Abstimmung zu TOP 5, Ziffer 3: einstimmig beschlossen.
 Abstimmung zu TOP 5, Ziffer 4: bei 28 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu TOP 9: bei 8 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung zu TOP 11: bei 11 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

- 1.. Die Rubrik der politischen Gremien wird künftig an repräsentativer und schnell auffindbarer Stelle auf der Homepage der Stadt Bruchköbel dargestellt.
2. Künftig werden mit der Einladung für die Stadtverordnetenversammlung nicht nur die Tagesordnung, sondern auch die zu behandelnden Anträge und Vorlagen auf der Homepage der Stadt Bruchköbel veröffentlicht.
3. Auf der Homepage der Stadt Bruchköbel werden künftig auch die Einladungen und Protokolle der Ausschüsse veröffentlicht.
4. In Ausschüsse verwiesene Anträge werden in den entsprechenden Rubriken eingestellt bis sie dort abschließend behandelt wurden.

TOP 6	DS 90/2008	Antrag der BBB-Fraktion: Umsetzung des 4. Fünf-Jahres-Programm für Umwelt-Naturschutz
-------	------------	---

Der Stadtverordnete Rabold trägt den Antrag der BBB-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne: „Das. 4. Fünf-Jahres-Programm für Umwelt- Naturschutz in Bruchköbel (Anlage) soll im Zeitraum vom 01.05.2008 - -31.12.2012 umgesetzt werden.“

Er regt an, den Beschlusstext im Datumsbereich fortzuschreiben: Beginndatum solle der „1.5.2011“ sein. Im Allgemeinen kritisiert er, dass Vorlagen so lange in den Ausschüssen ruhen.

Abstimmung: bei 8 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 7	DS 255/2008	Antrag der BBB-Fraktion: Seniorenfreundliches Einkaufen in Bruchköbel
-------	-------------	---

Der Stadtverordnete Rechholz trägt den Antrag der BBB-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Initiative "seniorenfreundliches Einkaufen in Bruchköbel" zu starten. Im Zuge dieser Initiative soll der Magistrat unter Einbeziehung des Beauftragten für Senioren und Behindertenfragen der Stadt, der übergreifenden städtischen Arbeitsgruppe barrierefreies Bruchköbel und insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft Stadtmarketing Kriterien entwickeln, die aus Sicht der älteren Generation hilfreich sind, um älteren Menschen den Einkauf in Bruchköbel zu erleichtern. Unternehmen, deren Einrichtung und Angebot sich an diesen Kriterien orientieren, sollen mit einem von der Stadt zu vergebenden Logo ausgezeichnet werden und in Seniorenwegweisern und einschlägigen Publikationen für die ältere Generation als "seniorenfreundliche Geschäfte" ausgezeichnet werden.“

Er kritisiert ebenfalls die lange Verweildauer von Vorlagen in den Ausschüssen. Der Stadtverordnete Keim spricht gegen die Wortbeiträge der Stadtverordneten Rabold und Rechholz.

Abstimmung: bei 8 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Stadtverordnete Rabold trägt den Antrag der BBB-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne:
 „1. Der Magistrat wird beauftragt, binnen zwei Wochen nach Vorliegen der Haushaltsgenehmigung für 2010 ein geeignetes Planungsbüro mit der Erstellung eines Konzeptvorschlages für das neu zu bauende Hallenbad sowie der Vorplanung für den Neubau zu beauftragen. Den Mitgliedern des Bauausschusses ist der Auftrag an das Planungsbüro in Kopie mitzuteilen.

2. Grundlagen für Konzept und Vorplanung bilden zunächst

a) die bisherigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse in inhaltlicher wie verfahrenstechnischer Hinsicht (so auch der durchzuführende "Workshop"),
 b) Alternativvorschläge für eine einheitliche sowie eine getrennte Wassertechnik von Hallen- und Freibad,

c) ein Neubau mit wettkampftauglichem Becken und Lehrbecken, Dreimetersprungbrett mit mindestens 4 m Wassertiefe in einem Graben, einem Saunabereich, behindertengerechten Einrichtungen und Zugängen, Tauglichkeit als medizinische Rehaeinrichtung sowie alternativ konventioneller und Passivhausbauweise sowie Vorschlägen zur Nutzung von regenerativen Energien sowie Kraft-Wärme-Kopplung,

d) einer Baukostenkalkulation unter Einschluss der Abrisskosten sowie gesonderte Ausweisung der Kosten der einzelnen Elemente unter c)

e) eine Ermittlung und Darstellung aller alternativ und kumulativ zu erhaltenden Fördermittel und Zuschüsse nebst hierfür bestehender Fristen,

f) eine Darstellung der jährlichen Folgekosten nebst Gegenüberstellung der jährlichen Folgekosten des alten Hallenbades.

3. Gegenstand des Auftrags an das Planungsbüro ist auch, dass dieses Konzeptvorschlag und Vorplanung binnen drei Monaten nach Auftragserteilung vorzulegen hat.

4. Konzeptvorschlag und Vorplanung werden unverzüglich den Mitgliedern des Bauausschusses zugesandt.

5. Der Bauausschuss berät über den Konzeptvorschlag und die Vorplanung. Er berät insbesondere, welche Ergebnisse des „Workshops“ aufgenommen werden sollen und welche Elemente des Punktes 2.c) aufgenommen, geändert oder gestrichen werden sollen. Der Bauausschuss soll die hallenbadnutzenden Vereine und nach eigenem Ermessen Teilnehmer des „Workshops“ hören. Aus dem Ergebnis seiner Beratungen legt der Bauausschuss der Stadtverordnetenversammlung einen Beschlussvorschlag für Konzept und Planung des neuen Hallenbades für Bruchköbel vor.“

Es sei insbesondere vonnöten, der Verwaltung zeitliche Vorgaben zu machen, da zu befürchten sei, dass die Fördertöpfe für den Schwimmbadbau in Hessen demnächst leer seien. Der Bürgermeister trägt Schreiben des Hessischen Städte- und Gemeindebundes beziehungsweise des Main-Kinzig-Kreises als Kommunalaufsicht vor, die Anträge seien rechtswidrig und er müsse gegebenenfalls widersprechen. Der Stadtverordnete Jesse kritisiert die BBB-Fraktion, man könne einiges an der Verwaltung kritisieren, aber nicht in dieser Art und in dieser Form. Der Stadtverordnete Rabold kritisiert die Kleinlichkeit und weist nochmals darauf hin, dass das Projekt ohne Fördermittel, die demnächst auslaufen, nicht durchzuführen sei. An der weiteren Aussprache beteiligen sich der Bürgermeister, die Stadtverordneten Keim, Jesse und von Wittich, der um eine Pause bittet, damit sich die Fraktionen möglicherweise inhaltlich einigen können.

Die Stadtverordnetenversammlung pausiert von 21:45 Uhr bis 21:59 Uhr.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnete v.Wittich stellt einen Änderungsantrag dahingehend, die Ziffern 1-4 komplett wegzulassen und Ziffer 5 wie folgt zu ändern: "Die Stadtverordnetenversammlung legt als Termin für den durchzuführenden Workshop Montag, den 30.8.2010 fest. Der Magistrat macht den Termin in geeigneter Weise bekannt mit dem Ziel einer möglichst hohe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen."

An der weiteren Aussprache beteiligen sich der Bürgermeister und die Stadtverordneten v.Wittich und Jesse. Der Stadtverordnete Rabold kritisiert, dass es sich um keinen Änderungsantrag handelt, da wesentliche Teile nicht geändert, sondern gänzlich gestrichen werden. Der Stadtverordnete v.Wittich wendet sich gegen diese Einschätzung. Der Stadtverordnetenvorsteher geht davon aus, dass sie tatsächlich kein Änderungsantrag vorliegt, allenfalls eine Ergänzungsantrag. Der Stadtverordnete v.Wittich macht sich dies zu Eigen und stellt den eigenen Antrag zu Ziffer 5 des Ursprungsantrags als Ergänzungsantrag und bittet um Einzelabstimmung.

Abstimmung zu Ziffer 1: bei 8 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 2 a: bei 8 Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 2 b: bei 8 Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 2 c: bei 8 Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 2 d: bei 8 Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 2 e: bei 8 Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 2 f: bei 8 Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 3: bei 8 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 4: bei 8 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 5 in der Ursprungsfassung: bei 8 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zu Ziffer 5 in der Fassung des Ergänzungsantrag der SPD Fraktion: bei 21 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung legt als Termin für den durchzuführenden Workshop Montag, den 30.8.2010 fest. Der Magistrat macht den Termin in geeigneter Weise bekannt mit dem Ziel einer möglichst hohe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

TOP 10	DS 114/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Einrichtung einer Bürgerfragestunde
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Jesse trägt den Antrag der FDP-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne: „Auf Grund der §§ 60, Abs. 1, 62, Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom in der Fassung vom 07.03.2005, (GVBl. I S. 142), erlässt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel folgende Änderung der Geschäftsordnung (Fassung vom):

Bürgerfragestunde

Jeweils im Quartal wird nach den Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers und dem Bericht des Magistrats die aktuelle Tagesordnung um den Punkt „Bürger fragen“ erweitert.

Die Bürgerinnen und Bürger können zu aktuellen kommunalpolitischen Themen der Stadt Bruchköbel Fragen an den Magistrat und an die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen vortragen. Können diese im Rahmen der aktuellen Bürgerfragestunde nicht umgehend beantwortet werden, so werden dem Fragesteller Zeit und Umstände der Beantwortung genannt.

Die Fragesteller melden sich vor Beginn der Stadtverordnetensitzung bei dem Stadtverordnetenvorsteher bzw. dem Protokollführer namentlich, dass sie sich im Rahmen des Tagesordnungspunktes einer Fragestellung zu Wort melden werden.

Die Zeit für Fragen und Antworten wird auf 30 Minuten begrenzt. Der Stadtverordnetenvorsteher sorgt für angemessenen Ablauf, für kurze Fragestellungen und Antworten.“

Der Stadtverordnete Rechholz beantragt die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht gegen den Verweisungsantrag, eine Bürgerfragestunde sei rechtlich unzulässig.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 11 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung: bei 3 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 12	DS 116/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Errichtung einer öffentlichen Toilette Parkplatz Innerer Ring
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Jesse trägt den Antrag der FDP-Fraktion vor und spricht im Sinne des Antrags:

„Die Verwaltung wird beauftragt die Errichtung einer öffentlichen Toilettenanlage im Bereich Parkdeck/Parkplatz am Inneren Ring zu prüfen. Die Prüfung soll mit dem Ziel durchgeführt werden, dass im innerstädtischen Bereich eine Toilettenanlage errichtet wird, die 24 Stunden zugänglich ist. Es sollte sich um eine stationäre Anlage handeln, deren Benutzung mit einem angemessenen Entgelt ermöglicht wird. Die Prüfung soll die Forderung einer behindertengerechte Toilettenanlage mit einbeziehen, so dass der Zugang zu der Anlage für behinderte Personen mit einem Spezialschlüssel möglich ist.“

Der Stadtverordnete v.Wittich trägt einen Änderungsantrag der SPD Fraktion vor: "Der Magistrat wird beauftragt, im Zuge eines Gesamtkonzeptes für den Innenstadtbereich zu prüfen, wo eine öffentliche Toilettenanlage errichtet werden kann. Die Toilettenanlage soll behindertengerecht ausgestattet sein."

Der Stadtverordnete Rabold stellt folgenden Ergänzungsantrag: "Der Magistrat soll die Prüfung des Baus einer behindertengerechten öffentlichen Toilette in das Konzept „Neue Mitte“ einbetten. Die vorhandene öffentliche Toilette am Alten Rathaus wird ab sofort zumindest an allen Werktagen von 9:00 Uhr bis 22:00 Uhr sowie während der Dauer von Festen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltung zur Benutzung geöffnet gehalten."

Der Stadtverordnete Wenzel beantragt die Verweisung sämtlicher Sachen in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr, da das Konzept "Neue Mitte" sowieso im Geschäftsgang sei. Der Stadtverordnete Jesse spricht gegen den Verweisungsantrag.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 21 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen.

TOP 13	DS 35/2010	Antrag Fraktion B 90 / Grüne: Umstellung der Telefonanlage der Stadtverwaltung auf Internet-Telefonie
--------	------------	---

Der Stadtverordnete Wenzel trägt den Antrag der Fraktion B90/Grüne vor und spricht im Sinne des Antrags:

„Der Magistrat prüft die Telefonanlage auf Internet-Telefonie umzustellen. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zur übernächsten Sitzung am 20.06.2010 zu berichten.“

Der Bürgermeister trägt die Ergebnisse einer aktuellen Angebotseinholung vor: Die aktuellen reinen Telefongebühren betragen pro Monat 584 €, dazu kommen Leasing-Kosten für die Telefonanlage von 1091 €. Eine vergleichbare Voice-over-IP-Lösung werde Grundgebühren für den Internetzugang von 47 € nach sich ziehen, die Leasingrate für die Telefonanlage allerdings 4017 €. An der weiteren Aussprache beteiligt sich der Stadtverordnete Wenzel.

Abstimmung: bei 4 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und acht Enthaltungen abgelehnt.

TOP 14	DS 281/2009	Richtlinien zur Förderung von Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege der Stadt Bruchköbel
--------	-------------	---

Das Haus ist sich einig, den Zuschussbetrag von zunächst 0,50 € zugrunde zu legen. Der Bürgermeister bekundet, dass die Vorlage einen Druckfehler enthalte, es müsse „2011“ heißen. Der Stadtverordnete Wenzel fragt, was bis zu einer Genehmigung des Haushaltes 2011 geschehe. Der Stadtverordnete Keim schlägt vor, die zu erwartenden Kosten in den Haushalt 2011 einzustellen. Der Bürgermeister hofft, dass eine Genehmigung für den Haushalt 2011 früher zu erwarten sei, als sich dies in diesem Jahr darstelle. Der Stadtverordnete Rabold teilt keine der genann-

ten Bedenken. Er weist jedoch darauf hin, dass ohne eine Haushaltsgenehmigung auch keine Auszahlung der Beträge in Betracht komme. Zur Not müsse zur Jahresmitte ein größerer Betrag für das bereits abgelaufene halbe Jahr ausbezahlt werden.

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Richtlinie für die Kindertagespflege vom 13.02.2008 wird aufgehoben und durch die neuen Richtlinien zur Förderung von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege – im Wesentlichen Förderung von 0,50 € pro Stunde/Kind – ersetzt (Anlage 1).

TOP 15	DS 72/2010	Radverkehrskonzept der Stadt Bruchköbel
--------	------------	---

Der Erste Stadtrat spricht im Sinne der Vorlage und bittet um zustimmende Kenntnisnahme der Ergebnisse des Konzepts.

Der Stadtverordnete Rabold beantragt die Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr. Der Stadtverordnete Keim spricht gegen den Verweisungsantrag.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 11 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung: bei 21 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Die ausgearbeiteten Maßnahmen des Radwegekonzepts werden zustimmend zur Kenntnis genommen und weiter verfolgt.

TOP 16	DS 117/2010	Aufstellungsbeschluss 1. Änderung des Bebauungsplans "Im Lohfeld"
TOP 17	DS 118/2010	Aufstellungsbeschluss 4. Änderung des Bebauungsplans "Gewerbegebiet Galgengarten"

Der Erste Stadtrat spricht im Sinne des Antrags und erläutert Details.

Der Stadtverordnete Rabold regt an, gleichzeitig TOP 17 aufzurufen, er stellt entsprechenden Antrag auf Verweisung beider Sachen in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr. Der Stadtverordnetenvorsteher ruft sodann formell TOP 17 mit auf. Der Erste Stadtrat spricht gegen den Verweisungsantrag.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 17 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und einer Enthaltung sind die TOPe 16 und 17 in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen.

TOP 18	DS 108/2010	Abweichung von der Vergabe von Bauplätzen nach dem "Bruchköbeler Modell"
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete v.Wittich wendet sich gegen ein völliges Abweichen vom Bruchköbeler Modell. Der Stadtverordnete Rabold fordert im Zusammenhang einen Protokollauszug hinsichtlich des Zurückziehens von TOP 4e, DS 43/2010, aus dem Magistrat. Im Übrigen spricht er gegen die Vorlage, da die Antragsteller pauschal in die Liste nach dem Bruchköbel Modell aufgenommen würden, und nicht ausschließlich ein Angebot zum Kauf von Grundstücken in Oberissigheim erhielten. Er stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr. Der Erste Stadtrat spricht gegen den Verweisungsantrag. Die Situation bei dem Verkauf von Bauland habe sich in den vergangenen Jahrzehnten stark geändert. Von den ursprünglich vier Interessenten der Vorlage seien noch zwei übrig, ein schnelles Handeln auch im Sinne der Einnahmesituation bei der Entwicklung des Baugebietes sei erforderlich.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 15 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung: bei 16 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

Beschluss:

Entgegen den am 15.12.1992 beschlossenen Richtlinien für die Vergabe von Bauplätzen nach dem „Bruchköbeler Modell“ werden die nachstehend genannten Interessenten in die Liste der Bauwilligen aufgenommen und bei der Vergabe der Grundstücke berücksichtigt.

Familie Jens Burkard aus Seligenstadt
Herr und Frau Nordheim aus Bruchköbel
Lebensgemeinschaft Schmitt / Meißner aus Frankfurt
Herr und Frau Kraus aus Bruchköbel

TOP 19	DS 102/2010	Verkauf eines Grundstückes "Am Kuhweg", Gemarkung Oberissigheim
--------	-------------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Dem Verkauf des im Baugebiet „Am Kuhweg“ im Stadtteil Oberissigheim liegenden erschlossenen Grundstückes

Flur 2, Flurstück 283, 412 qm an die Eheleute Petra und Michael Kohl,
wohnhaft Seewiesenring 1f, 63486 Bruchköbel

zum Preis von 280,-- €/qm, zuzüglich der Hausanschlusskosten, wird zugestimmt.

Der Kaufpreis ist unmittelbar nach dem Kaufvertragsabschluss zu entrichten. Erfolgt die Zahlung nicht fristgerecht, werden 5% Zinsen über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank erhoben.

Es wird vereinbart, dass die Käufer eine Vertragsstrafe in Höhe der Differenz zu dem Quadratmeterpreis, den die Käufer an die Verkäuferin und dem Verkaufspreis, der zum Zeitpunkt des Verkaufs auf dem freien Markt zu erzielen wäre, zahlen, wenn

- das Grundstück nicht innerhalb von zwei Jahren entsprechend den Bauvorschriften und Bauauflagen mit einem Wohnhaus bebaut wird oder wenn vor der Bebauung ein Verkauf an Dritte erfolgt,
- die Bewerber oder ihre Rechtsnachfolger das auf dem Grundstück errichtete Gebäude auf die Dauer von 10 Jahren nicht selbst bewohnen,
- die Bewerber oder ihre Rechtsnachfolger das Grundstück oder Teile davon innerhalb von 10 Jahren veräußern.

Die Eintragung eines entsprechenden Rückkaufrechts in Abt. II des Grundbuches wird von den Vertragsparteien bewilligt und beantragt. Die Kosten der Rückkaufung tragen die Käufer, ebenfalls eine dadurch gegebenenfalls zu zahlende Grunderwerbsteuer.

Die Differenz zu dem Quadratmeterpreis, der an die Verkäuferin gezahlt wurde und dem Kaufpreis, der auf dem freien Markt zu erzielen wäre, ist vom Gutachterausschuss des Main-Kinzig-Kreises zu ermitteln.


Die Stadt Bruchköbel behält sich ein Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle vor. Dieses Recht wird grundbuchlich gesichert.

Den Käufern wird empfohlen, hinsichtlich der Heizquelle für das zu errichtende Gebäude auf eine Beheizung mit Öl oder Kohle zu verzichten und eine andere, ökologisch umweltfreundlichere Energie in Anspruch zu nehmen.

Eine Teilung des Grundstückes darf nur mit Zustimmung der Verkäuferin vorgenommen werden, unabhängig von den Vorschriften des BauGB.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 23:10 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer